

## Rede zu Strompreiserhöhungen (Plenarsitzung vom 24.10.2007)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Das Wort hat der Abgeordnete Sagel – fraktionslos.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Herr Präsident! Die Zeichen der Zeit hat die CDU offensichtlich immer noch nicht erkannt. Der Markt funktioniert nicht. Herr Uhlenberg, wenn Sie hier mehr Wettbewerb einfordern: Mehr Wettbewerb ist uns vor einigen Jahren schon einmal versprochen worden. Das Ergebnis der Liberalisierung des Strommarktes liegt vor uns.

Ich zitiere:

*„Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“*

So steht es in Artikel 27 der Landesverfassung. Nichts anderes als diesen Fall haben liegt jetzt vor: Stromkonzerne mit regionalen Monopolen missbrauchen in unbegrenzter Profitgier ihre Marktstellung. Die vier Besitzer – anders kann man die vier Stromkonzerne, die sich den Markt in Deutschland aufgeteilt haben, nicht nennen – diktieren Preise und die Art der Stromerzeugung.

Die jetzt geplante Erhöhung soll lediglich genutzt werden, um die Gewinne, die eh schon in Milliardenhöhe liegen, erneut zu steigern. Der Bund der Energieverbraucher äußert dazu zu Recht:

*„Angesichts der heute schon weit überhöhten Strompreise sehen wir das als Kriegserklärung an Verbraucher und Politik an. Die Verbraucher sollen gemolken werden, um die Gewinne zu erhöhen. Doch die Landesregierung sieht diesem Verfassungsbruch schweigend zu.“*

Ich habe zitiert, was in der Landesverfassung steht.

Die erneuerbaren Energien werden von den Konzernen als Sündenbock angeführt, mit denen versucht wird, die Verbraucher abzuzocken. Der Preissprung ist 15 Mal so hoch, wie er tatsächlich aufgrund der Kosten durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz sein müsste. Der Ökostromanteil macht bei einem Durchschnittshaushalt mit 3.500 Kilowattstunden aber nur rund 2 € pro Monat aus.

Heizkosten- und Stromrechnungen werden für die ärmeren Teile der Bevölkerung immer unbezahlbarer. Vor allem die 5,2 Millionen Haushalte, die laut Armutsbericht der Bundesregierung mit einem Nettoeinkommen zwischen 500 und 900 € monatlich unter der Armutsgrenze liegen, werden zunehmend in die Insolvenz durch Unbezahlbarkeit getrieben.

Es ist unglaublich, dass die Landesregierung NRW nicht einmal den Versuch unternimmt, den Preisanstieg zu stoppen, und dem Treiben zusieht.

Auch in anderen Bereichen passiert nichts. Besser gedämmte Gebäude und mehr erneuerbare Energien sind dauerhaft und nachhaltig eine wirksame Bremse gegen steigende Energiekosten. Die Grenzwerte der Energieeinsparverordnung müssen endlich verschärft werden. Gleichzeitig muss die Förderung der Gebäudesanierung radikal verbessert werden. Gerade die ärmeren Bevölkerungsteile sitzen in den am schlechtesten isolierten Wohnungen mit den höchsten Energiekosten.

Doch Ministerpräsident Rüttgers verzichtet im Zusammenhang mit den geplanten Stilllegungen bei der Kohle auf 700 Millionen € des Bundes, die gerade hätten dazu dienen können, die Altbausanierung voranzubringen, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Landesregierung hat durch die Landesverfassung nicht nur die Möglichkeit,

sondern muss hier zum Schutz der Bürger eingreifen. Die Stromkonzerne müssen vollen Einblick in ihre Kostenrechnung geben. Die Stromversorgung ist ein zentraler Punkt der Daseinsvorsorge. Sie muss dezentralisiert, kommunalisiert, demokratisiert und ins Gemeinwohl überführt werden.

Den derzeitigen Zustand nur zu beklagen, hilft nicht weiter. Da wende ich mich auch an meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Was wollen Sie denn jetzt eigentlich? Höhere Strompreise? Niedrige Strompreise? Ist der Strom zu billig? Ist er zu teuer? Das war gerade nicht so richtig nachzuvollziehen. Ich habe in meinen Forderungen deutlich gemacht, wofür ich und Die Linke, die neue Partei, stehen.

Vielleicht noch eine kurze Anmerkung.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>n</sup> (fraktionslos): Ich mache noch eine Anmerkung zur CDU. Herr Rüttgers beruft sich ja immer auf Herrn Arnold. Herr Arnold war damals dabei, als das Ahlener Programm formuliert wurde. In diesem Programm steht:

*„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“*

Weiter heißt es dort:

*„Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, ...“*

Ich erinnere Sie daran und ich erinnere Sie an die Landesverfassung. Setzen Sie endlich das um, was Sie selber einmal geschrieben haben, und das, wofür die Landesverfassung steht. – Danke schön.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, sodass ich die Aktuelle Stunde schließen kann.